

**Beschluss
des 104. Ordentlichen Landesparteitages
der FDP Baden-Württemberg
am 5. Januar 2009
in Stuttgart**

Finanzmärkte

1. Europäische Bankenaufsicht

Trotz des vollendeten Finanzbinnenmarkts halten die 27 Mitgliedstaaten an ihren nationalen Finanzmarktregeln und Systemen der Bankenaufsicht fest. Um in Zukunft Finanzmarkt- und Bankenrisiken in Europa besser begegnen zu können, sind einheitliche Standards und eine europäische Bankenaufsicht dringend erforderlich. Eine europäische Bankenaufsicht sollte sich dabei auf die Früherkennung von Systemrisiken konzentrieren und sowohl mit den nationalen Aufsichtsbehörden der europäischen Mitgliedsstaaten, als auch mit den Aufsichtsbehörden der wichtigsten Wirtschaftsnationen außerhalb Europas, intensiv zusammenarbeiten. Allerdings sollte dafür keine neue Brüsseler Behörde geschaffen werden, sondern die Aufgabe der Europäischen Zentralbank übertragen werden.

2. Europäische Standards weltweit durchsetzen

Mit einem gemeinsamen Vorgehen haben die europäischen Mitgliedsstaaten ein größeres Gewicht und können europäische Standards auch weltweit besser durchsetzen. Während z. B. in Deutschland die Regeln nach Basel-II bereits für die Banken verbindlich sind, haben die USA Basel-II erst jetzt im Zuge der Turbulenzen an den Finanzmärkten in Kraft gesetzt. Bilanzierungsregelungen sollten nach wie vor ein Vorsichtsprinzip enthalten.

3. Aufsichtslücken schließen

Es bestehen Aufsichtslücken, die dringend geschlossen werden müssen. Die bislang zersplitterte deutsche Bankenaufsicht (BaFin und Bundesbank) muss zu einer Einheit zusammengeführt werden. Dabei kommt es auch darauf an, noch mehr höchstqualifizierte Finanzmarktexperten für die Aufsichtstätigkeit zu gewinnen.

Die Vorschriften des Kreditwesengesetzes sind auf die KfW und Hedge-Fonds auszudehnen. Da sowohl die KfW als auch Hedge-Fonds Bank- bzw. bankähnliche Geschäfte betreiben, sollten sie denselben Vorschriften für die Einlagen- und Liquiditätssicherung sowie das zu unterlegende Eigenkapital erfüllen müssen.

Es sollten keine Auslagerungen von Geschäftsbereichen möglich sein, die sich dadurch nur einer Kontrolle der Bankaufsicht entziehen.

4. Ratingagenturen überwachen

Rating-Agenturen kommt bei der Bewertung von Banken und Bankgeschäften eine enorme Bedeutung zu. Gegenüber Banken unterliegen Rating-Agenturen so gut wie keiner staatlichen Aufsicht. Dies ist vor dem Hintergrund der sehr geringen Zahl und dem äußerst großen Einfluss der Rating-Agenturen problematisch. Die Rolle der Rating-Agenturen ist zu überdenken. Es ist erforderlich Rating-Agenturen zu größerer Transparenz zu verpflichten

und zu kontrollieren. Die Aufsicht über die Rating-Agenturen könnte der Europäischen Zentralbank übertragen werden.

5. Verbessertes Risiko-Management

Es ist erforderlich, Banken die Delegation der Risiko-Prüfung für ihre Geschäfte zu untersagen. Banken haben dann künftig Geschäfte zu unterlassen, deren Risiken sich nicht selbst prüfen können. Die kontrollierte Übernahme von Risiken als Bestandteil marktwirtschaftlichen Handelns und unternehmerischer Verantwortung ist zu akzeptieren und zu fördern. Die Bündelung und Weitergabe von Risiken durch entsprechende Finanzprodukte aber ist durch die Aufsichtsbehörden zu überwachen und zu begrenzen.

6. Anreizsysteme ändern

Die Banken sollten dazu angehalten werden, die bisherigen Prämien- und Anreizsysteme für die Finanzmarkthändler und Bankvorstände zu überdenken und zu ändern. Bislang werden Bankvorstände fast ausschließlich nach Bilanzvolumen oder Rendite und nicht nach Risiken bezahlt. Neben der Rendite- und Umsatzorientierung sollten künftig risikoadjustierte Erfolgskennzahlen in die Anreizsysteme einfließen.

7. Haftungsregeln und Aufsichtsphilosophie ändern

Es muss geprüft werden, inwiefern die persönliche Haftung von Bankvorständen und Aufsichtsräten verschärft werden sollten. Bislang haften Vorstände und Aufsichtsräte nur bei Betrug.

In jedem Fall erforderlich ist die Anforderungen an Verwaltungsräte zu erhöhen. So könnte die für Vorstände erforderliche Bankleitereigenschaft nach Kreditwesengesetz auf die Aufsichtsräte ausgedehnt werden.

Im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung sollte diese veränderte Aufsichtsphilosophie bereits jetzt bei der LBBW umgesetzt werden, indem erhöhte Anforderungen an die Qualifikationsvoraussetzungen der Aufsichtsräte gestellt werden.

Bei Bankgeschäften muss der Verbraucherschutz gestärkt werden.